

Dringliche Anfrage

Hannover, den 20.01.2021

Fraktion der FDP

„Schulchaos“ und „Impfpannen“

Mit der Bezeichnung „Schulchaos“ berichtete der NDR-Hörfunk am 21. Januar in seinen Nachrichten über die Entscheidung der Landesregierung, nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom zurückliegenden Dienstag die Präsenzpflcht in den Grundschulen wieder aufzuheben.

Gleichzeitig wurde über „Pannen“ berichtet, die bei der Versendung von Informationsbriefen zur Impfung passierten. Die Briefe seien in zahlreichen Fällen an bereits verstorbene Personen verschickt worden, in einem Fall sei die betreffende Person bereits vor 39 Jahren verstorben. Die Entscheidung, für die Versendung der Impfinformationen die Daten eines Dienstleisters in Anspruch zu nehmen und nicht auf die offiziellen Meldedaten zurückzugreifen, wurde von der Landesregierung mit rechtlichen Hindernissen begründet. Bereits am 15. Januar 2021 hatte die Landesbeauftragte für den Datenschutz per Pressemitteilung mitgeteilt, dass aus datenschutzrechtlicher Sicht nichts gegen eine Verwendung der offiziellen Meldedaten spreche.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Situation der Bürgerinnen und Bürger, die von den sich kurzfristig ändernden Regelungen im Schulbetrieb betroffen sind, und die Situation derjenigen, deren verstorbene Angehörige Impfeinladungen durch die Sozialministerin erhalten?
2. Hält die Landesregierung die Schulen in Niedersachsen nach wie vor für pandemiefest, und aus welchen sachlichen Gründen ist der Präsenzunterricht in geteilten Lerngruppen in den Grundschulen nun doch nicht mehr gewünscht?
3. Aufgrund welcher rechtlichen Annahmen geht die Landesregierung davon aus, dass die Meldedaten für die erfolgten Impfinformationen nicht genutzt werden durften, und hat die Landesregierung eine eigenständige Versendung durch das I.TN als zuständigem Landesbetrieb geprüft?

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer